
Jahresziele und Projekte 2010 der Bildungs- und Kulturdirektion

Altdorf, 8. Januar 2010

ÜBERSICHT

durch anklicken gelangen Sie auf das entsprechende Ziel

ÜBERGREIFENDES	3
MY TOP JOB	3
UMSETZUNGSMASSNAHMEN IM RAHMEN DES LEITBILDES DER BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)	4
DIREKTIONSSEKRETARIAT	4
ABSTIMMUNG ÜBER DEN BEITRITT ZUM KONKORDAT SONDERPÄDAGOGIK	4
BEITRITT DES KANTONS URI ZUM "STIPENDIEN-KONKORDAT"	5
VOLKSSCHULE	5
VOLKSSCHULE 2016	5
GEMEINDEÜBERGREIFENDE TAGESSCHULE	6
AUSARBEITUNG EINES KANTONALEN SONDERPÄDAGOGIKKONZEPTES	6
TOTALREVISION DER VERORDNUNGEN ÜBER DEN SCHULÄRZTLICHEN UND SCHULZAHNÄRZTLICHEN DIENST	7
EVALUATION DER FÖRDERUNGSMASSNAHMEN	7
REVISION DES PROMOTIONSREGLEMENTS	8
UMSETZUNGSKONZEPT INTEGRATION VON AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDER	8
BERUFSBILDUNG UND MITTELSCHULEN	9
CASE MANAGEMENT BERUFSBILDUNG	9
EINFÜHRUNG NEUER BERUFE	10
EINFÜHRUNG DER QUALICARTE ZUR DOKUMENTATION DER QUALITÄTSENTWICKLUNG IN DEN LEHRBETRIEBEN	10
PROJEKT NACHHOLBILDUNG LANDWIRTSCHAFT	11
BERUFS-, STUDIEN- UND LAUFBAHNBERATUNG	12
SPORTFÖRDERUNG	13
KONZEPT ERWACHSENENSSPORT IM KANTON URI	13
KULTURFÖRDERUNG	13
UMSETZUNG DER UNESCO KONVENTION ZUR BEWAHRUNG DES IMMATERIELLEN KULTURERBES IKE	13
JUGENDPOLITIK	14
ERARBEITEN VON RECHTLICHEN GRUNDLAGEN FÜR DIE KINDER- UND JUGENDFÖRDERUNG	14

Übergreifendes

MY TOP JOB

[Zurück zur Übersicht](#)

Auch im Kanton Uri richtet sich die Berufswahl junger Frauen noch immer mehrheitlich nach traditionellen Rollenbildern. Die Schulabgängerinnen wählen zudem aus einem sehr engen Spektrum von Berufen. Damit sind verschiedene Probleme verknüpft:

- Junge Frauen haben beim Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufslehre viel häufiger Probleme als junge Männer, da das Lehrstellenangebot in den traditionell von jungen Frauen nachgefragten Berufen bedeutend kleiner ist als in den übrigen Berufsfeldern.
- Junge Frauen, welche ihre Berufswahl nach den traditionellen Mustern ausrichten, riskieren, dass sie im späteren Berufsleben bedeutend weniger verdienen, häufiger arbeitslos werden und oft auch geringere Karrierechancen haben.

Mit einer breit angelegten Kampagne soll das Berufswahlverhalten der jungen Frauen in der Richtung verändert werden, dass sie vermehrt aus dem gesamten Spektrum Berufe wählen.

Stand

Die Kampagne wurde am 18. September 2008 mit einer Pressekonferenz lanciert. Am 13. November 2008 und am 12. November 2009 machte der Kanton Uri beim nationalen Tochtertag mit. Ferner wurden zwei Plakatserien mit Portraits von jungen Urner Berufsfrauen in geschlechts-untypischen Berufen produziert und verbreitet. Für Lehrpersonen und Lehrbetriebe wurden spezielle Veranstaltungen organisiert. Am 26. Mai 2009 bewilligte der Regierungsrat einen Projektbeitrag für das Jugendtheater "My top job". Dieses thematisiert die Geschichten junger Menschen bei der Wahl untypischer Berufe und wird im März 2010 in allen Urner Oberstufen aufgeführt werden. Die Projektleitung hat der Leiter des Jugendtheaters Josef Grossrieder.

Nächste Schritte

Geplant sind folgende Aktivitäten im 2010: Theaterproduktion "My top job" mit Premiere am 5. März 2010 und einer Tournee an Urner Oberstufen.

Ziel bis Ende Jahr

Die Kampagne wird ausgewertet und ein Schlussbericht liegt vor.

Umsetzungsmassnahmen im Rahmen des Leitbildes der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)

[Zurück zur Übersicht](#)

Die BKD hat im 2007 ein Leitbild beschlossen (<http://www.ur.ch/dateimanager/leitbild2009.pdf>). Das Leitbild wird laufend mit Massnahmen ergänzt. Im 2010 sollen folgende Massnahmen umgesetzt werden:

- In allen Abteilungen sind die wichtigsten Abläufe beschrieben und mit Leistungsstandards versehen.
- Im 2011 wird eine gezielte Befragung der Kundinnen und Kunden durchgeführt.
- Für die Jahresplanung und das Ressourcenmanagement werden 2010 neue Instrumente eingeführt und erprobt.

Stand

Alle Abteilungen haben im 2009 erste Abläufe beschrieben. Für die Befragung der Kundinnen und Kunden wurde ein Projektauftrag beschlossen.

Nächste Schritte

Die Abläufe werden einheitlich beschrieben und mit Leistungsstandards versehen. Für das Projekt Befragung der Kundinnen und Kunden wird ein Grobkonzept erstellt.

Ziel bis Ende Jahr

Alle wichtigen Abläufe sind beschrieben und für alle zugänglich dokumentiert. Das Detailprojekt für die Befragung der Kundinnen und Kunden ist beschlossen. Ein Instrument für die Jahresplanung und das Ressourcenmanagement ist erprobt.

Abstimmung über den Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik.

[Zurück zur Übersicht](#)

Auf den 1. Januar 2008 ist der NFA auf Bundes- und Kantonsebene in Kraft getreten. Damit hat sich die IV aus der Finanzierung der Sonderschulung (Sonderpädagogik) zurückgezogen. Die Sonderschulung wird Teil der Volksschule. Mit der Änderung der Zuständigkeit besteht die Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler, die einen Bedarf an sonderpädagogischer Förderung haben, nicht in allen Kantonen gleich behandelt werden. Um dies zu verhindern hat die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in Zusammenarbeit mit den Kantonen eine Vereinbarung erarbeitet. Die Plenarversammlung vom 25. Oktober 2007 hat die Vereinbarung zur Ratifizierung in den Kantonen frei gegeben. Mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat) wird erreicht, dass nach dem Rückzug der IV aus der Finanzierung der Sonderschulung, Angebot, Qualität, Anspruchsberechtigung und Verfahren in den einzelnen Kantonen ein vergleichbares Niveau erreichen.

Stand

Der Landrat hat dem Beitritt am 13. Mai 2009 zugestimmt ([Vorlagen an den Landrat](#)). Gegen den Beitrittsbeschluss ist das Referendum zustande gekommen.

Nächste Schritte

Die Botschaft für die Abstimmung wird erarbeitet.

Ziel bis Ende Jahr

Die Abstimmung wurde durchgeführt.

Beitritt des Kantons Uri zum "Stipendien-Konkordat"

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Stipendienwesen ist Sache der Kantone. Aufgrund dieser Ausgangslage bestehen heute zwischen den Kantonen grosse Unterschiede bezüglich der Höhe der Stipendien, die gewährt werden. Durch eine verstärkte Harmonisierung soll erreicht werden, dass keine Person wegen einem Kantonswechsel grundsätzlich die Stipendienberechtigung verliert. Mittels eines neuen Konkordates soll deshalb das Stipendienwesen in der Schweiz materiell harmonisiert werden. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat ein entsprechendes Konkordat erarbeitet. Die Plenarversammlung hat das Konkordat mit Beschluss vom 18. Juni 2009 zur Ratifizierung in den Kantonen frei gegeben. Mehr Information auf: <http://www.edk.ch/dyn/9966.php>

Stand

Die Arbeiten wurden noch nicht aufgenommen.

Nächste Schritte

Der Regierungsrat legt das weitere Vorgehen fest.

Ziel bis Ende Jahr

Die Vorlage ist ausgearbeitet und dem Landrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Volksschule

Volksschule 2016

[Zurück zur Übersicht](#)

Eine breit abgestützte Projektgruppe hat einen Bericht erarbeitet, wie die Volksschule Uri im 2016 aussehen könnte.

Stand

Der Bericht wurde im Dezember 2009 vom Erziehungsrat zuhanden der Beratung im Regierungsrat verabschiedet. Der Regierungsrat behandelt den Bericht im Januar und Februar 2010.

Nächste Schritte

Zwischen März und Juni 2010 wird eine breite Vernehmlassung mit Diskussionsveranstaltungen durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Vernehmlassung ist durchgeführt und ausgewertet, der definitive Bericht vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen.

Gemeindeübergreifende Tagesschule

[Zurück zur Übersicht](#)

2007 beantwortete der Regierungsrat das Postulat von Landrat Othmar Arnold, Bürglen, zur Schaffung von Tagesschulen. Der Regierungsrat will die Einrichtung einer gemeindeübergreifenden Tagesschule prüfen. Der Erziehungsrat hat ein Mandat zur Ausarbeitung eines Berichtes mit Konzept erteilt und eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Im November 2009 wurde eine Umfrage zum Bedürfnis durchgeführt.

Stand

Der Bericht an den Regierungsrat liegt vor.

Nächste Schritte

Der Erziehungsrat und der Regierungsrat entscheiden über das weitere Vorgehen.

Ziel bis Ende Jahr

Bericht und Konzept wurden in eine Vernehmlassung gegeben und es ist entschieden, ob mit einem Versuch gestartet werden soll.

Ausarbeitung eines kantonalen Sonderpädagogikkonzeptes

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet die Kantone, "soweit dies möglich ist und dem Wohle des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient", behinderte Kinder und Jugendliche integrativ in der Regelklasse zu schulen. Mit Einführung der NFA ab 1. Januar 2008 hat sich die Invalidenversicherung (IV) aus der Sonderschulung zurückgezogen. Der Kanton hat nun die volle fachliche und finanzielle Verantwortung in diesem Bereich übernommen.

Die Kantone haben während der Übergangsfrist (1.1.2008 bis 1.1.2011) das bisherige IV-Angebot in Qualität und Umfang zu gewährleisten. In dieser Frist muss das kantonale Recht angepasst werden und bis zum Jahre 2011 das Konzept über die Sonderpädagogik entwickelt werden. Der Erziehungsrat hat eine Projektgruppe für die Ausarbeitung des Sonderpädagogikkonzeptes eingesetzt. Die Projektgruppe hat Richtlinien zur Sonderpädagogik von Kindern und Jugendlichen von 0 bis 20 Jahren ausgearbeitet sowie einen Kommentar dazu verfasst. Der Erziehungsrat hat die Richtlinien an der Sitzung vom 2. Juli 2008 verabschiedet und auf den 1. August 2008 in Kraft gesetzt. Mit der Verordnung über das sonderpädagogische Angebot im Kanton Uri (RB 10.1611) und den Richtlinien zur Sonderpädagogik von Kindern und Jugendlichen von 0 bis 20 Jahren (ERB vom 2. Juli 2008) hat der Kanton nun die notwendigen Grundlagen für die Übernahme der vollen fachlichen und finanziellen Verantwortung im Bereich der Sonderpädagogik geschaffen.

Stand

Die Richtlinien werden in der Praxis angewendet und Erfahrungen gesammelt.

Nächste Schritte

In der ersten Hälfte des Jahres 2010 wird eine Evaluation durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Die bisher gemachten Erfahrungen sind ausgewertet und das Konzept ist vom Erziehungsrat beschlossen.

Totalrevision der Verordnungen über den Schulärztlichen und Schulzahnärztlichen Dienst

[Zurück zur Übersicht](#) Die Verordnung über den schulzahnärztlichen Dienst (RB 10.1425) und die Verordnung über den schulärztlichen Dienst (RB 10.1421), entstanden in den 70er Jahren, sind veraltet und bedürfen dringend einer Erneuerung.

Die beiden bisherigen Verordnungen über den schulzahnärztlichen und schulärztlichen Dienst sollen zu einer Verordnung über den schulmedizinischen Dienst zusammengeführt werden.

Stand

Der Projektauftrag ist beschlossen.

Nächste Schritte

Die Projektgruppe wird gewählt. Bis Ende Juni 2010 soll ein konkreter Vorschlag vorliegen, der danach in eine Vernehmlassung gegeben werden kann.

Ziel bis Ende Jahr

Der Landrat hat eine neue Verordnung beschlossen.

Evaluation der Förderungsmassnahmen

[Zurück zur Übersicht](#) Am 7. Mai 2008 hat der Erziehungsrat die Richtlinien zu den Förderungsmassnahmen beschlossen und auf den 1. August 2008 in Kraft gesetzt.

Die Richtlinien bezwecken die einheitliche und sachrichtige Anwendung beim Vollzug aller Förderungsmassnahmen. Sie regeln zudem die Integrative Förderung. Im Laufe des Schuljahres 2010/11 sollen die bisherigen Erfahrungen durch eine aussenstehende Stelle evaluiert werden.

Stand

Erste Kontakte mit dem Institut für Heterogenität an der PH Luzern wurden geknüpft und ein entsprechender Vertrag für die Durchführung abgeschlossen. Die Evaluationsbereiche wurden festgelegt.

Nächste Schritte

Bis zum Sommer 2010 wird das Detailkonzept für die Durchführung der Evaluation ausgearbeitet.

Ziel bis Ende Jahr

Die Befragungen haben stattgefunden. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt anfangs 2011.

Revision des Promotionsreglements

[Zurück zur Übersicht](#)

Das bestehende Promotionsreglement stammt aus dem Jahr 2002. Es soll in Hinblick auf zwei Punkte revidiert werden:

- die Sozial- und Selbstkompetenz kann heute im Zeugnis nur unter den Bemerkungen im Sinne einer Disziplinar massnahme beurteilt werden. Alle anderen Kantone der Zentralschweiz kennen eine spezielle Rubrik für die Beurteilung der Sozial- und Selbstkompetenz.
- es drängen sich weitere Anpassungen auf, weil verschiedene Situationen im Zeugnis nicht oder zu wenig präzise beschrieben werden können (bspw. Abwesendheiten, Wegzug von Schülerinnen und Schüler, Förderungsmassnahmen)

Stand

Die Arbeiten wurden noch nicht aufgenommen.

Nächste Schritte

Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) wird eine Projektgruppe einsetzen. Bis Ende August 2010 liegt ein Vorschlag vor, der in eine Vernehmlassung gegeben werden kann.

Ziel bis Ende Jahr

Der Vorschlag für ein revidiertes Promotionsreglement liegt vor. Die Vernehmlassung dazu wurde durchgeführt.

Umsetzungskonzept Integration von Ausländerinnen und Ausländer

[Zurück zur Übersicht](#)

Am 16. September 2008 hat der Regierungsrat den Bericht zu einem Integrationskonzept zur Kenntnis genommen und Integration als eine Aufgabe der Gesellschaft und des Staates anerkannt. Am 18. August 2009 hat der Regierungsrat die Fachkommission Integration gewählt und deren Aufgaben definiert. Gestützt auf diese Vorarbeiten soll die Umsetzung in einem Konzept festgehalten werden.

Stand

Das Umsetzungskonzept befindet sich in Erarbeitung bei der Ansprechstelle Integrationsfragen.

Nächste Schritte

Das Konzept wird mit den betroffenen Direktionen diskutiert und darauf überarbeitet.

Ziel bis Ende Jahr

Das Umsetzungskonzept Integration ist in Zusammenarbeit mit der Fachkommission Integration und den betroffenen Direktionen erarbeitet und beschlossen.

Case Management Berufsbildung

[Zurück zur Übersicht](#)

Mit Case Management will der Bund den Übergang von der Volksschule über die Berufsbildung ins Erwerbsleben verbessern (vgl. Dossier "[Case Management](#)"). Der Kanton Uri ist zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen der Einladung des BBT nachgekommen, ein Rahmenkonzept für die Umsetzung des Case Managements einzureichen. Eine Übersicht über die Situation in den Kantonen finden Sie [hier](#).

Der Regierungsrat hat entschieden, dass im Kanton Uri ein Case Management Berufsbildung gemäss Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) in Zusammenarbeit mit den anderen Zentralschweizer Kantonen umgesetzt werden soll. Die Ziele des Projektes *Case Management Berufsbildung* in Uri sind die folgenden:

- Die Prozessabläufe (insbesondere an den Schnittstellen) sind geklärt, beschrieben und werden von allen beteiligten Institutionen eingehalten.
- Es ist geklärt, zu welchem Zeitpunkt bei welcher Institution die Entscheidungs-, Handlungs- und Steuerungskompetenzen liegen. Die Rollen der einzelnen Akteure sind klar.
- Es findet an der Oberstufe eine frühzeitige Erfassung der Personen statt.
- Die bestehenden Betreuungsangebote arbeiten in jedem Einzelfall optimal zusammen.
- Für Personen, welche durch das Case Management Berufsbildung erfasst wurden, wird eine übergeordnete Fallführung eines Case Managers, einer Case Managerin angeboten, welche die Betreuungsaufgaben und die Massnahmen von der Erfassung, über die Vorbereitung auf die Berufsbildung, die berufliche Grundbildung, den erfolgreichen Lehrabschluss bis zur nachhaltigen Eingliederung in die Arbeitswelt koordiniert. Sie/er führt während des ganzen Prozesses den Fall.

Stand

Das Zentralschweizerische Rahmenkonzept Case Management Berufsbildung ist beim Bund eingereicht. Vorbereitende Workshops mit allen beteiligten Institutionen haben stattgefunden. Die BKD hat einen Projektauftrag erteilt. Die Projektgruppe und die Projektleitung haben die Arbeit aufgenommen. Die Prozesse sind bereinigt, die Rollen der Partner geklärt. Es werden laufend gefährdete Personen erfasst. Das Pilotprojekt läuft. Als Projektleiter wurde Peter Tresoldi eingesetzt.

Nächste Schritte

Erfahrungen werden laufend ausgewertet und die Prozesse werden angepasst.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektstruktur ist bereinigt, die Rollen der Partner und die Prozessabläufe sind geklärt. Eine erste Erfassung von besonders gefährdeten Personen in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen der Oberstufenzentren hat stattgefunden.

Einführung neuer Berufe

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Sommer 2010 werden neue Berufe nach Grundlagen des neuen Berufsbildungsgesetzes eingeführt. Die Einführung der folgenden Berufe ist gemäss Masterplan des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie geplant:

- Koch/Köchin EFZ
- Medizinische Praxisassistentin, medizinischer Praxisassistent EFZ
- Dentalassistent/in EFZ

Stand

Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT legt die Bildungsverordnungen und die zugehörigen Bildungspläne fest. Die Bildungsbewilligungen zu den neuen Berufen werden im Anschluss erteilt und die Einführungsveranstaltungen, welche in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt geplant und organisiert wurden, finden im ersten und zweiten Quartal 2010 statt.

Nächste Schritte

Die neuen Berufe sind auf Sommer 2010 eingeführt. Nach der Einführung werden Ende 2010 oder 2011 erste Evaluationssitzungen durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Lehrbetriebe sind zu den neuen beruflichen Grundbildungen informiert. Die Bildungsbewilligungen sind erteilt. Die Zahl der Lehrstellen bleibt in den betroffenen Berufen trotz Reformen mindestens konstant.

Einführung der Qualicarte zur Dokumentation der Qualitätsentwicklung in den Lehrbetrieben

[Zurück zur Übersicht](#)

In der Zentralschweiz wurde zur Dokumentation der Qualitätsentwicklung in den Lehrbetrieben die Qualitätskarte entwickelt. Sie wurde im Kanton Uri seit zwei Jahren eingesetzt in Lehrmeisterkursen, bei Betriebsbesuchen und bei Lehrbetriebsberatungen. Die Karte wurde auf nationaler Ebene weiterentwickelt. Sie liegt nun als Qualicarte vor: www.qualicarte.ch.

Stand

Das BBT hat die Karte als Methode zur Qualitätssicherung in Lehrbetrieben zugelassen. Mit der Qualicarte wurden weitere Hilfsmittel entwickelt wie Handbuch, elektronisches Evaluationstool und Workshops. Ein Einführungskonzept liegt vor. Die Einführung soll regional koordiniert in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt erfolgen.

Nächste Schritte

Die Karte wird schrittweise eingeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Einführung der Qualicarte hat begonnen.

Projekt Nachholbildung Landwirtschaft

[Zurück zur Übersicht](#)

Die landwirtschaftliche Grundbildung war lange dem Bundesamt für Landwirtschaft unterstellt. Sowohl auf eidgenössischer Ebene als auch auf kantonaler Ebene war die landwirtschaftliche Berufsbildung speziell geregelt.

Seit dem 1. Januar 2004 ist das neue Berufsbildungsgesetz BBG auf eidgenössischer Ebene in Kraft. Dem BBG sind alle Berufe und damit auch der Bereich Landwirtschaft unterstellt. Im Nachgang müssen innerhalb von fünf Jahren die geltenden Berufsreglemente überarbeitet und aktualisiert werden. Neu erlässt das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT eine "Verordnung über die Grundbildung im Beruf Landwirt/in EFZ". Diese regelt die berufliche Grundbildung auf eidgenössischer Ebene. Die Berufsbildung wird in der ganzen Schweiz einheitlich. Der kantonale Spielraum für eigene Lösungen wird kleiner. Um weiterhin eine berufliche Grundbildung mit dem Erwerb eines Eidgenössischen Fähigkeitsausweises EFZ am Berufs- und Weiterbildungszentrum Uri (BWZ), Abteilung Landwirtschaft anbieten zu können, sind grundlegende Anpassungen an der Ausbildungsform notwendig. Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) hat deshalb am 31. Oktober 2007 das Projekt Nachholbildung Landwirtschaft (NahoLa) in Auftrag gegeben. Als Projektleiter wurde Adrian Arnold, Leiter Abteilung Landwirtschaft am BWZ, eingesetzt.

Stand

Der Regierungsrat hat am 17. November 2009 das Konzept genehmigt.

Nächste Schritte

Es finden Informationsveranstaltungen statt. Der erste Kurs wird im Detail geplant und vorbereitet.

Ziel bis Ende Jahr

Der erste Kurs ist mit mindestens zehn Lernenden gestartet worden.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Interaktive Berufswahlplattform auf berufsberatung.ch

[Zurück zur Übersicht](#)

Auf dem nationalen Portal www.berufsberatung.ch wird eine interaktive Berufswahl-Plattform www.myBerufswahl.ch aufgebaut. Mit verschiedenen neuen Online-Werkzeugen werden Jugendliche durch den Berufswahlprozess begleitet, Eltern unterstützt und Lehrpersonen auf Unterrichtsmaterialien hingewiesen. 2009 wurde ein Projekt mit Bern als Pilotkanton realisiert. Ab 2010 können alle anderen Kantone diese Plattform nutzen und kantonsspezifisch adaptieren.

Stand

Im Kanton Uri wurde vor 3 Jahren der Urner Berufswahl-Pass eingeführt. Dieses Hilfsmittel hat sich grundsätzlich bewährt, es muss aber dringend überarbeitet werden. In einer ersten Phase wurde eine zentralschweizerische Zusammenarbeit angestrebt. Die Realisierung eines nationalen Projekts mit kantonalen oder regionalen Adaptionen bietet nun Schülerinnen und Schülern ganz neue Möglichkeiten zur Planung und zum Nachweis von Berufswahlaktivitäten. Diese werden in einem so genannten "Logbuch" erfasst, welches auch die Möglichkeit bietet eine Zusammenfassung der wichtigsten Berufswahlaktivitäten auszudrucken (Berufswahl-Pass). Weiter gibt es ein Remindermail-System, welches die Berufsberatungen der Kantone nutzen können, um den Jugendlichen aus ihrem Kanton, deren Eltern und Lehrpersonen regelmässig Inputs im Verlauf des Berufswahlprozesses zukommen zu lassen.

Nächste Schritte

Die Informationen auf www.myBerufswahl.ch werden so aufbereitet, dass neben den Inhalten, welche für die gesamte Deutschschweiz gültig sind, auch die spezifischen Informationen für den Kanton Uri abrufbar sind. In Zusammenarbeit mit anderen Zentralschweizer Kantonen wird ein Register erstellt, in welchem die Schülerinnen und Schüler die bearbeiteten Dokumente ablegen können. Bis im Sommer 2010 wird auf www.myBerufswahl.ch ein Tool entwickelt, welches den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bietet, aus den in der Online-Plattform gespeicherten Daten direkt einen "Berufswahl-Pass" zu drucken.

Ziele bis Ende Jahr

Die Berufswahlplattform ist ab dem Schuljahr 2010/2011 bei allen Klassen des 8. Schuljahres eingeführt, die Lehrpersonen und Eltern sind informiert. Eine Printversion des Berufswahldossiers liegt vor. Die nationale Berufswahlplattform ist an die kantonalen Bedürfnisse angepasst. Der Berufswahl-Pass kann direkt aus der Plattform generiert werden.

Sportförderung

Konzept Erwachsenensport im Kanton Uri

Das Sportkonzept des Bundes sieht vor, den Erwachsenensport in der Schweiz neu zu konzeptionieren. Das Bundesamt für Sport wurde mit der Umsetzung beauftragt. Die Kantone sind dabei die wichtigsten Partner des Bundesamtes. Bereits bestehende Partner wie "Pro Senectute" im Seniorsport sollen dabei auf allen Stufen miteinbezogen werden. In Magglingen wird die Kaderausbildung zentralisiert angeboten. Die Kantone koordinieren den Bedarf an Kursen und Angeboten in verschiedenen Sportarten und mit verschiedenen Partnern. Der Anteil der inaktiven Schweizer Bevölkerung soll durch diese gezielten Massnahmen verringert werden.

Stand

Der Projektauftrag wurde von der Bildungs- und Kulturdirektion der Abteilung Sport erteilt. Entsprechende Vorarbeiten wurden geleistet.

Nächste Schritte

Die Abteilung Sport wird eine breit abgestützte Projektgruppe bilden. Die Projektgruppe wird ein Konzept erarbeiten.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektgruppe Erwachsenensport Uri legt bis Ende des Jahres 2010 der Bildungs- und Kulturdirektion ein konkretes Konzept zur Vernehmlassung vor.

Kulturförderung

Umsetzung der UNESCO Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes IKE

[Zurück zur Übersicht](#)

Am 16. Oktober 2008 ist die UNESCO-Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes für die Schweiz in Kraft getreten. Die Schweiz hat sich darin verpflichtet, ein Inventar zu erarbeiten, zu führen und periodisch zu aktualisieren.

Im April 2010 erhalten die Kantone einen Leitfaden. Im Juni 2010 wird die Inventarisierung offiziell lanciert. Auch der Kanton Uri ist aufgefordert sein immaterielles Kulturerbe aufzuzeigen.

Stand

Die Abteilung Kulturförderung und Jugendarbeit hat einen Zeitplan erarbeitet.

Nächste Schritte

Es wird ein Projektauftrag erarbeitet.

Ziel bis Ende Jahr

Ein Grobinventar wurde in Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen erarbeitet.

Erarbeiten von rechtlichen Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat verabschiedete am 26. Mai 2008 den Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zu einem kinder- und jugendpolitischen Leitbild. Der Regierungsrat hält in seinem Bericht Folgendes fest:

"Der Regierungsrat will, dass sich Uri zu einem ausgesprochen familien-, kinder- und jugendfreundlichen Kanton entwickelt. Die zentrale Erziehungsverantwortung tragen Eltern und Erziehungsberechtigte. Dem Erziehungsumfeld und den Gemeinden kommt eine Hauptrolle zu. Der Kanton unterstützt Gemeinden und private Institutionen und übernimmt auch eigene Aufgaben."

Als eine der konkreten Massnahmen will der Regierungsrat in der Legislatur 2008 bis 2012 prüfen, ob neue rechtliche Grundlagen für die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik zu erarbeiten sind.

Stand

Der Projektauftrag wurde von der Geschäftsleitung beschlossen. Mit dem Projekt soll die Notwendigkeit rechtlicher Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung vertieft geprüft werden. Es soll geklärt werden, ob und was allenfalls auf Verfassungs-, Gesetzes- und Verordnungsstufe geregelt werden soll. Die Aufgaben, die Abgrenzung und die Rolle der Erziehungsberechtigten, der privaten Träger, der Gemeinden und des Kantons sollen geklärt sein. Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) hat eine breit abgestützte Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Berichts eingesetzt.

Nächste Schritte

Dem Regierungsrat wird ein Zwischenbericht vorgelegt, auf dessen Grundlage er über das weitere Vorgehen entscheiden kann.

Ziel bis Ende Jahr

Der Regierungsrat hat entschieden, ob rechtliche Grundlagen erarbeitet werden sollen. Wenn Rechtsgrundlagen erarbeitet werden sollen, liegt ein Entwurf vor, der anfangs 2011 in eine Vernehmlassung gegeben werden kann.